

die Bundesregierung sei ein „schlechter Verlierer“.

Als Retter aus der Baunot versuchte sich schließlich der als Kompromiß-Spezialist bekannte rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Er schlug die Einberufung einer Sachverständigen-Kommission vor, der Vertreter der Länder und der betroffenen Bundesressorts angehören sollen. Dankbar bemächtigte man sich der Altmeier-Erfindung, die es gestattet, einige ältere Alternativ-Vorschläge zu Lückes Baustopp wiederaufzuwärmen. Zur Auswahl stehen:

- ▷ die Einführung einer Bausteuer für alle gewerblichen Hochbauten,
- ▷ die Suspendierung von Steuerprivilegien für den Wohnungsbau und
- ▷ eine freiwillige Einschränkung aller öffentlichen Bauausgaben.

Alle drei Rezepte sind gleichermaßen problematisch. Eine Bausteuer stößt auf den erbitterten Widerstand der Industrie, die ihre Rationalisierungs-Investitionen gefährdet sieht. Gegen den Wegfall von Abschreibungserleichterungen nach Paragraph 7b des Einkommensteuergesetzes, wonach innerhalb der ersten zehn Jahre 47 Prozent der Baukosten abgeschrieben werden können, erhebt Paul Lücke energischen Widerspruch, da eine derartige Maßnahme vor allem den sozialen Wohnungsbau treffen würde.

Ein Stopp der öffentlichen Hochbauten dürfte nicht minder schwierig sein. Jene bundesdeutschen Gemeinden nämlich, in denen die CDU oder die SPD die Mehrheit haben, werden sich, zumal im Wahljahr, schwerlich dazu verstehen können, auf Repräsentativbauten, wie Stadthallen, Theater und Schwimmbäder, zu verzichten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Bundesländern.

Der Bund selbst schließlich, der den Ländern und Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen möchte, kann den Baumarkt durch Auftragsstornierung so gut wie gar nicht entlasten, da er nur mit etwa fünf Prozent am öffentlichen Hochbau beteiligt ist. Obendrein fällt der Löwenanteil der Bundesbauten in Franz-Josef Straußens Ressort. Strauß, dem Konjunkturprobleme wurscht sind, hat im Finanzministerium schon erklärt, daß er seine Aufrüstung nicht wirtschaftspolitischen Erwägungen opfern könne. Allenfalls will er beim Bau von Heeresbäckereien kurztreten.

Allein Ludwig Erhard schwang sich zum konjunkturpolitischen Musterknaben auf. Er gab Order, den gerade begonnenen Neubau eines zweistöckigen Flügels im Bundeswirtschaftsministerium gleich wieder einzustellen.

Dem Beratungsergebnis der Altmeierschen Bremskommission sieht man in Bonn allgemein mit Skepsis entgegen. In diesem Gremium nämlich sitzen über 40 Länder- und Bundesbeamte, von denen viele jede Erschwerung von Bauvorhaben strikt ablehnen.

FLN

Morgen Botschafter

Im Innenhof des Auswärtigen Amtes führen nacheinander die Diplomatenwagen der in Bonn vertretenen arabischen Staaten vor. Die Geschäftsträger des Königreichs Marokko, Tunesiens, Jordaniens, des Sudan, des Irak und des

Libanon sowie der Vertreter der Vereinigten Arabischen Republik waren gekommen, um bei Außenamts-Staatssekretär van Scherpenberg in einer dringlichen Sache vorstellig zu werden.

30 Minuten später verabschiedete Scherpenberg die finster blickenden arabischen Würdenträger: „Ich werde die Sache studieren.“

Die Ursache des Diplomaten-Auflaufs war ein Vorfall, der sich 48 Stunden zuvor, am Donnerstag vorletzter Woche, in der Bundeshauptstadt zuge-



FLN-Missionar Malek
Prügel für die Landsleute

tragen und die Bonner Muselmanen erschreckt hatte:

Beamte der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts hatten auf Anweisung des Generalbundesanwalts Güde drei Nordafrikaner festgenommen, die als Delegierte der „Front de Libération Nationale“ (FLN/Nationale Befreiungsfront) seit vielen Jahren die Interessen der algerischen Exilregierung des Ferhat Abbas in Westdeutschland vertraten.

Die algerische FLN-Regierung aber wird von den Araber-Staaten nicht nur seit langem als Partner anerkannt und unterstützt, sie genießt auch den Vorzug, daß ihre Auslandsvertreter unter der Obhut der arabischen Missionen stehen, weil die FLN-Delegationen keinen diplomatischen Status haben.

De facto freilich gelten die FLN-Halbdiplomaten in immer mehr Ländern des Westens bereits als künftige Botschafter eines unabhängigen Algerien — ein Umstand, der beispielsweise den

US-Präsidenten Kennedy zu der Anweisung an die amerikanischen Botschaften bestimmte, ihren Kontakt zur FLN zu verstärken.

Anfang April empfing US-Außenminister Rusk zum erstenmal einen Exil-Algerier; zu gleicher Zeit konnte die FLN dem britischen Außenminister Lord Home ihre Aufwartung machen.

In Bonn dagegen erfuhren die FLN-Missionare eine weniger ehrenvolle Behandlung; anstatt ins auswärtige Amt geladen zu werden, wurden sie ins Gefängnis geschafft.

Allerdings, das Bonner Außenamt war von dem Zugriff der Karlsruher Bundesanwaltschaft gleichfalls peinlich überrascht.

Staatssekretär van Scherpenberg suchte die sieben protestierenden Missionschefs denn auch mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß die drei inhaftierten FLN-Funktionäre

- ▷ Khemaies Daklaou, genannt Malek,
- ▷ Mouloud Nait Belkacem, genannt Kassim, und
- ▷ Abdel Hamid Bouattoura, genannt Alberto,

nicht das Opfer einer politischen Fehlkalkulation geworden seien. Die drei seien vielmehr wegen des Verdachts krimineller Handlungen eingesperrt worden.

Tatsächlich steht fest, daß Malek, den die FLN als ihren künftigen Missionschef in Bonn ausersehen hat, zusammen mit dem mehr auf ideologischem Sektor tätigen Kassim und seinem Sekretär Alberto nicht nur als nobler Staatsmann gewirkt hat. Die drei hatten sich auch zur Aufgabe gesetzt, ihre in Westdeutschland lebenden algerischen Landsleute in nordafrikanischer Zucht und Ordnung zu halten.

Kern des nun beim Bundesgerichtshof anhängigen Verfahrens ist der hinreichende Verdacht, Malek und Genossen hätten gegen die Strafgesetze-Paragraphen 128 (Geheimbündelei) und 129 (Kriminelle Vereinigungen) verstoßen.

Hervorgerufen wurde dieser Verdacht durch nicht weniger als 40 Algerier, die bei der Polizei angaben, sie seien von Landsleuten bedroht, verprügelt und beraubt worden. Einer von ihnen, Tahar Grib, war bei solch einem Gewaltstreik im Saargebiet gar zu Tode gekommen.

Die Prügel Szenen waren institutioneller Bestandteil der FLN-Politik in Deutschland. Die FLN-Befehlshaber waren nämlich nicht damit einverstanden, daß sich nur ein Bruchteil der 4000 Bundes-Algerier zur FLN bekennen wollte. Zumindest war ihnen daran gelegen, daß alle Exil-Kumpane den finanziellen Obolus spendeten, der für FLN-Mitglieder obligatorisch ist und durchschnittlich 20 Mark im Monat beträgt.

Diverse Algerier, die der FLN-Konkurrenz angehören, und andere, die sich politisch überhaupt nicht orientiert hatten und neutral geblieben waren, fühlten sich zu einer solchen Abgabe keineswegs verpflichtet. Die FLN aber brauchte das Geld und prügelte die Beiträge ein.

Vor den Bahnhöfen von Bonn und Köln beispielsweise postierten sich jeden

Abend FLN-Trupps, die jedem nach Arbeit suchenden algerischen Reisenden, der durch die Sperre trat, in barscher Form die FLN-Mitgliedskarte mit aufgeklebten Beitragsmarken abverlangten. Wer sich nicht ausweisen konnte, hatte Repressalien zu gewärtigen. Bestenfalls wurde ihm bedeutet, wer Arbeit finden wolle, müsse sich erst organisieren lassen. Das FLN-Arbeitsamt war in Bahnhofsnähe. In Bonn arbeitete es gegenüber dem Bahnhof im Hotel Continental.

So rabiät ihre Methoden waren, so korrekt verwalteten die FLN-Kassierer die eingehenden Beiträge: Sorgfältig zweigten sie von der 20-Mark-Opfergabe arbeitsamer Algerier fünf Mark für den Deutschen Gewerkschaftsbund ab.

Inwieweit Malek, Kassim und Alberto für diese Maßregeln verantwortlich sind, wird von der Bundesanwaltschaft nun geprüft. Vorsorglich sind die drei FLN-Führer in drei verschiedenen Gefängnissen — Bonn, Euskirchen und Düren — untergebracht worden, wo sie inzwischen von ihrem Rechtsbeistand, dem Essener Anwalt Dr. Posser, und vom sozialdemokratischen Nordafrika-Experten Wischnewski besucht und getröstet worden sind.

SPD-Bundestagsabgeordneter Wischnewski: „Diese drei Männer, das steht für mich fest, haben ihre entscheidende Aufgabe gerade darin gesehen, solche Übergriffe, wie sie ihnen vorgeworfen werden, zu verhindern.“ Vor allem FLN-Chef Malek habe seine Leute immer wieder aufgefordert, „Ruhe zu bewahren und sich an die deutschen Gesetze zu halten“.

Für die arabischen Missionschefs in Bonn allerdings, die noch auf eine Beantwortung ihrer Demarche durch das Auswärtige Amt warten, hat der Fall einen politischen Aspekt. Für sie ist Malek noch immer der kommende algerische Botschafter in Deutschland. Sollte ihm der Aufenthalt in Bonn vergällt werden, so warnten die pfiffigen Araber den Staatssekretär van Scharpenberg, würde sich die FLN überlegen müssen, ob sie ihr deutsches Hauptquartier nicht besser in Ostberlin aufschlagen sollte.

Die Bundesanwaltschaft hat sich durch die Politik bislang nicht beirren lassen. Sagt man in Karlsruhe: „Wir können das Verfahren gegen Malek doch nicht mit der Begründung unterlassen, daß der Mann morgen Botschafter werden soll.“

GLOBKE

Gestern Vertrauter

Des Kanzlers Staatssekretär Hans Globke hat den schon fast legendären Ruf als treuer Diener seines Herrn mit einem Akt äußerster Selbstverleugnung gekrönt: Sogar angesichts des Eichmann-Prozesses weigert er sich standhaft, der deutschen Öffentlichkeit Dokumente zugänglich zu machen, die ihn als Vertrauensmann der katholischen Kirche in wichtigen Staatsstellen ausweisen.

Danach soll Globke seinem Bischof „Kenntnis von streng geheimgehaltenen Gesetzentwürfen“ gegeben und auf diese Weise katholische Proteste möglich gemacht haben, „die bei den Regierungsstellen Hilflosigkeit und Zorn zugleich

auslösten, da sie Kenntnis streng geheimgehaltener Vorgänge verrieten“.

Solch Zeugnis, gegeben am 18. Januar 1946 vom katholischen Bischof von Berlin, Graf Preysing, bezieht sich natürlich nicht auf Globkes Tätigkeit unter Konrad Adenauer, sondern auf die unter den Reichsministern Wilhelm Frick und Heinrich Himmler.

Was Wunder, daß der Justitiar des Bischöflichen Ordinariats Berlin schon am 21. Januar 1946 seinen alten Vertrauten und Vertrauensmann Globke in wichtige Staatsstellungen auch der



Globke-Fürsprecher Müller
Abläß für den Mitläufer

Nach-Hitler-Zeit empfahl: „Weite demokratische und christliche Kreise würden es lebhaft begrüßen, wenn Dr. Globke bald seine umfassende Arbeitskraft an verantwortungsvoller Stelle wieder einsetzen könnte.“

Der Wunsch dieser Kreise ging in Erfüllung, aber so sehr die vollständige Publikation derartiger kirchlicher Empfehlungsschreiben dem Hans Globke im Kampf um sein persönliches Renommee zustatten kommen könnte — seinem Chef Konrad Adenauer wäre in Wahlkampfzeiten nicht gedient, wenn der Staatssekretär des Bundeskanzleramts der breiten Öffentlichkeit als zuverlässiger und treuer Vertrauensmann des katholischen Episkopats präsentiert würde.

„Die Kirche und den Kanzler mag es kränken“, so zog die Illustrierte „Quick“ das Fazit einer großangelegten demoskopischen Untersuchung der Eigenschaften, die das Wählervolk vom Regierungschef erwartet, „aber eines steht nach der Meinungsumfrage der Forschungsinstitute fest: Wären seine (Adenauers) tiefen Bindungen zur katholi-

schen Kirche weniger offenkundig — seine Chancen bei der kommenden Bundestagswahl wären größer.“

Nicht Vertrauensmann des Episkopats, sondern der Deutschen Zentrums-partei soll Globke nach Konrad Adenauers jüngster öffentlicher Bekundung denn auch während des Dritten Reichs gewesen sein.

Adenauer Anfang März vor der Bundespressekonzferenz: „Die ganzen Parteien (betrachteten) damals den Nationalsozialismus als eine in Bälde vorübergehende Erscheinung und (wünschten) deswegen die Verbindung mit den verschiedenen Ministerien, sowohl in Preußen als auch im Reich, durch Leute, denen sie vertrauten. Zu den Leuten, von denen das gewünscht worden ist, hat auch Herr Globke gehört.“

Diese kurzfristige Darstellung der politischen Situation im Jahre 1933 hält freilich dem tatsächlichen Geschehen kaum stand. Als Hitler nämlich durch die Wahl vom 5. März 1933 die Chance zur Errichtung der Alleinherrschaft bekommen hatte, gab der Vorsitzende des Zentrums, Prälat Kaas, die Bereitschaft seiner Partei zur Mitarbeit bei den Nationalsozialisten zu erkennen.

Die „unbeirrte Mitarbeit“ (Kaas in einem Telegramm zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1933) des Zentrums ging sogar bis zur Selbstaufopferung, weil offensichtlich weder der Vorsitzende Kaas noch die katholische Geistlichkeit den Aufstieg Hitlers als vorübergehendes Phänomen werten wollte. Vielmehr kam es den leitenden Männern des katholischen Lagers darauf an, sich mit dem neuen Regime zu arrangieren und mit seiner Hilfe Forderungen der katholischen Kulturpolitik durchzusetzen.

Um den Preis der Auflösung handelte sich das Zentrum von Hitler recht platonische Zusicherungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ein sowie das Verbleiben der dem früheren Zentrum zugehörigen Beamten im NS-Staatsdienst.

Kein Persil-Schein kann darüber hinwegtäuschen, daß die katholische Geistlichkeit damals den republikanischen Rechtsstaat wie eine heiße Kartoffel fallen ließ, um den katholischen Einfluß auf den neuen Staat wirksam werden zu lassen. Alle katholischen Parteigenossen des Jahres 1933 können sich zu ihrer Entlastung auf die teils emphatischen, jedenfalls aber unmißverständlichen Loyalitätsbezeugungen der katholischen Oberhirten berufen.

Die einzigen Nutznießer dieses brüchigen Handels waren die Nationalsozialisten und die katholischen Beamten vom Typ Globke, die guten Gewissens, weil befreit von Cewissen, ihren Staatsdienst fortsetzen konnten. 1945 entsannen sich die Bischöfe loyal der von ihnen in den nationalsozialistischen Dienst dirigierten Beamten und sprangen ihnen hilfreich mit Persil-Scheinen bei.

Insofern bleibt unerfindlich, wieso 1933 just Dr. Hans Globke von kirchlichen Oberen gebeten worden sein soll, im Amt zu bleiben. Niemand dachte daran, ihn zu entfernen, er selbst wohl am wenigsten daran, zu gehen. Freilich paßt es Kanzler Adenauer heute nicht mehr in den Kram, offenkundig zu machen, daß, wenn überhaupt jemand, allenfalls die katholische Kirche daran interessiert war, neben vielen anderen auch den Beamten Globke ausharren zu